

## Freiheit in Gefahr

Veröffentlicht in DUZ – Magazin für Wissenschaft und Gesellschaft, Ausgabe 11 / 2021

*Autor: Hinnerk Feldwisch-Drentrup*

Akademische Freiheit ist für gute Wissenschaft unverzichtbar – doch nimmt sie in vielen Ländern ab. Dabei handelt es sich nicht nur um ferne Länder, sondern mit Polen und Ungarn ist auch Mitteleuropa deutlich betroffen. Laut dem Index der akademischen Freiheit, der vom Berliner Global Public Policy Institute (GPPi), der Uni Erlangen-Nürnberg (FAU), dem V-Dem Institut in Göteborg und dem Netzwerk „Scholars at Risk“ (SaR) herausgegeben wird, leben rund 80 Prozent aller Menschen in Staaten mit eingeschränkter Wissenschaftsfreiheit. Dies ist nicht nur ein erhebliches Problem für die dortigen Menschen, sondern auch für deutsche Hochschulen entwickelt sich dies zu einer immer größeren Herausforderung.

Die derzeit größte akute Gefahr für Wissenschaftler und Studierende gibt es aufgrund der Machtübernahme durch die Taliban wohl in Afghanistan. Die Entwicklung sei so schlimm wie zuletzt in den 1930er Jahren, sagt Quinn. Allein aus Afghanistan habe es bislang rund 1300 Bitten um Unterstützung etwa durch Vermittlung neuer Positionen im sicheren Ausland gegeben, 700 seien in das Mandat von SaR gefallen – Anfragen von Studierenden gehören nicht hierzu. Im gesamten Jahr 2020 habe es weltweit hingegen nur rund 500 Anfragen gegeben. Nur einigen hundert Betroffenen könne seine Organisation helfen. Aus Deutschland gebe es einige Unterstützung, doch müsse diese noch zügiger erfolgen und ausgebaut werden, sagt Quinn.

In Bezug auf Afghanistan stelle sich derzeit die Frage, wie man den Menschen in der dortigen humanitären Krise helfen könne, ohne das Regime zu unterstützen – ähnlich wie in anderen Ländern. „Das ist im Prinzip dieselbe Debatte, wie wir sie über China haben sollten“, sagt Quinn: Einerseits gebe es massive und weiter zunehmende Menschenrechtsverletzungen in China – andererseits brauche die Bevölkerung Austausch mit der akademischen Welt im Ausland.

Wissenschaftsfreiheit ist derzeit vielerorts ein Thema – als „eine Voraussetzung für unser wirtschaftliches Wohlergehen“ bezeichnete Forschungsministerin Anja Karliczek sie. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen hat 2019 ein Papier mit zehn Thesen herausgegeben, eine Selbstverpflichtung: So wollen die Unterzeichner verstärkt Schutz und Perspektiven für gefährdete Wissenschaftler aus dem Ausland bieten, etwa über SaR – und eine freie Wahl von Forschungsthemen ermöglichen. In der „Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit“ haben die EU-Forschungsminister 2020 Wissenschaftsfreiheit als „unabdingbare Voraussetzungen für unsere gesellschaftliche, kulturelle, politische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und unseren Fortschritt“ bezeichnet. „Wir setzen uns dafür ein, jegliche Einmischung, die die vollständige Anwendung der Forschungsfreiheit in unseren Wissenschaftsorganisationen bedroht, zu verhindern“, heißt es in der Erklärung. Der Plan, ein Monitoring-System für die Wissenschaftsfreiheit im Europäischen Hochschulraum aufzubauen, werde aufmerksam verfolgt. „Wir werden sicherstellen, dass Forschungsfreiheit als ein wichtiges Element für den Aufbau globaler Kooperationen anerkannt wird.“ Die Minister wollen die Entwicklung wirksamer Instrumente zur Sicherung der Forschungsfreiheit fördern, so auch dessen Monitorings.

Die EU-Kommission betont gleichfalls, wie wichtig die Forschungsfreiheit sei – in der Zukunft wolle sie hierzu auch eine Webseite aufsetzen. Diese und andere Grundwerte seien das Rückgrat eines für

Anfang 2022 geplanten Strategiepapiers für europäische Universitäten – und ein Grund für die Attraktivität von Europa als Wissenschaftsstandort.

Zuletzt habe sich in einzelnen Ländern insbesondere die Situation der Hochschulen deutlich verschlechtert, erklärt das Bundesforschungsministerium (BMBF) auf Anfrage. Hinzu käme, dass virtuelle Unterrichtsformen die Überwachung erleichtern und „in repressiven Umgebungen Anreize zur Selbstzensur“ böten. Das BMBF unterstütze den Vorschlag aus der Wissenschaft, die Wissenschaftsfreiheit „bei akademischen Rankings künftig als ein fundamentales Qualitätsmerkmal zu berücksichtigen“, erklärt ein Sprecher.

Laut ihm sieht es hierzulande rosiger aus. „Die Wissenschaftsfreiheit ist in Deutschland nicht gefährdet“, erklärt er – es gebe „hervorragende Rahmenbedingungen“, etwa zur auskömmlichen Finanzierung der Wissenschaft.

Dabei hatte das Ministerium 2019 durchaus Gefahren gesehen. „Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse vor, wonach chinesische Behörden versuchen, sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen“, erklärte es auf Grünen-Anfrage. „Chinas langer Arm umfasst Hochschul-Communities rund um die Welt“, schrieb damals SaR: Chinesische Studierende und Forscher würden auch im Ausland aufgrund ihrer akademischen Tätigkeit verfolgt. Durch die „Sicherheitsgesetze“ sowie ein neues Gesetz in Hongkong sind auch Ausländer vor rechtlicher Verfolgung bedroht, wenn sie sich nicht KP-konform verhalten. Und in anderen Staaten müssen Akademiker Verfolgung fürchten, so in Ägypten.

Karliczek sah 2020 auch andere Probleme. „Störungen von Vorlesungen und Konferenzen, wie wir sie jüngst erlebt haben, sind ein Signal“, erklärte sie – und verwies auf Anfeindungen wegen angeblich „antimuslimischem Rassismus gegen die Frankfurter Ethnologin Susanne Schröter, als diese eine Konferenz zum Thema „Das islamische Kopftuch, Symbol der Würde oder der Unterdrückung?“ organisiert hat.

Auf eine mögliche Verengung des Diskursraumes bis hin zu einer angeblichen „Cancel Culture“ weist auch der Deutsche Hochschulverband (DHV) regelmäßig hin. Es führt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hierzu Umfragen mit einigen Fragen zum Themenbereich durch. 2020 erklärten drei Viertel der Teilnehmer, auch die schöpferische Muße gehöre zur Wissenschaftsfreiheit – und fehle. Zwei Drittel sahen sich durch den Zwang zum schnellen Publizieren eingeengt, die Hälfte durch wachsende Bürokratie. Und: Rund jeder achte gab an, dass „Political Correctness“ es verhindere, bestimmten Forschungsfragen nachgehen zu können.

Klar ist, dass die Lage der akademischen Freiheit in Deutschland so gut ist wie kaum irgendwo. „Wenn man es so sieht, leben wir in Deutschland auf der Insel der Glückseligen, das muss man schon sehen – staatliche Repressalien gibt es nicht“, sagt DHV-Sprecher Matthias Jaroch. „Natürlich gibt es aber auch hier Gefährdungen, die die Wissenschaftsfreiheit einengen können“ – er führt etwa „punktueller Sprechverbote“ auf. Er sei besorgt, „dass der Bereich dessen, was gesagt werden darf und diskutiert werden kann, immer schmaler wird“, hatte DHV-Präsident Bernhard Kempen 2020 im Deutschlandfunk gesagt – auch Außenseiterstimmen hätten ein Recht, gehört zu werden. Man müsse sich mit „all diesen Thesen und Gegenthesen“ auseinandersetzen, sagte Kempen: Besonders die „Ränder“ müssten „gepflegt“ werden, solange es nicht um verfassungsfeindliche Bestrebungen ginge.

„Wir sehen, dass es eine gewisse Einengung des Diskurses gibt, wie auch dass Abhängigkeiten durch die Finanzierung entstehen können“, erklärt Jaroch nun. In Bezug auf die „Einengung“ verweist er auf eine Liste vieler kontroverser Veranstaltungen, die das umstrittene „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ erstellt hat. Gleichzeitig räumt Jaroch ein, dass man die Liste mit spitzen Fingern anfassen müsse.

„An der Hochschule sollte jeder erstmal reden können“, sagt der DHV-Sprecher. In der Regel habe es jedoch zwar Proteste gegeben, die Veranstaltungen hätten am Ende aber stattfinden können. Kritisiert wurde auch ein Leitfaden des Gleichstellungsbüros der Uni Bonn: Dieses hatte empfohlen, Studierende bei Lehrveranstaltungen vorab darauf hinzuweisen, wenn diese etwa Missbrauch, Gewalt oder Rassismus behandeln. Das Rektorat distanzierte sich von dem Leitfaden, in dessen Erarbeitung sie nicht eingebunden worden sei. Zur Universitätskultur gehöre, dass „weder Lehrende in der Auswahl ihrer Lehrthemen, Lehrinhalte und Lehrbeispiele eingeschränkt noch bestimmte Themen von vorneherein aus dem wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden“. Dies war jedoch sicher nicht das Ziel des Gleichstellungsbüros.

Deutschland ist kein Einzelfall, erklärt Quinn: In liberalen, gesunden Staaten gebe es teils Diskussionen um eine „Cancel Culture“ oder Angriffe aus rechten Kreisen, die Hochschulen als linksgerichtet diffamieren. Es gebe zahllose Diskussionen über sensible Themen an Hochschulen, nur einige wenige würden zum Thema, wenn die Situation eskaliert. „Einzelne Zwischenfälle werden absolut aufgeblasen“, sagt Quinn. Die Freiheit der Rede habe Vorrang, sagt HRK-Präsident Peter-André Alt gegenüber der DUZ. „Aber es ist auch in Ordnung, wenn Menschen zur Sprache bringen, dass sie sich durch bestimmte Themen in ihrer eigenen Freiheit eingeschränkt fühlen.“ Die Zahl von Protestaktionen sei angesichts der abertausenden Veranstaltungen „überschaubar“.

Doch wie sollen Hochschulen mit ausländischen Partnern aus nicht-demokratischen Staaten umgehen? Im Leitfaden „Risky Business“ hat das GPPi 2020 Empfehlungen herausgegeben. Der Zugang der Partner zu sensiblen Informationen sollte eingeschränkt werden, wenn etwa Ergebnisse militärisch genutzt werden könnten. Organisationen sollten regelmäßig ihre Sicherheitsvorkehrungen überprüfen und updaten, und Mitarbeiter schulen. Auch sollten Einrichtungen in Deutschland ihre Verträge mit „problematischen“ Partnern offenlegen – der Transparenz wegen und um zu zeigen, dass die kritischen Fragen angemessen berücksichtigt worden sind. Und: „Nehmen Sie Abstand von der Idee und Praxis eines ‚Dialogs des Dialogs wegen‘“ – dieser müsse hingegen einen konkreten Nutzen beinhalten, der die Risiken übersteigt. Einrichtungen sollten außerdem eine Ombudsperson installieren, die bei möglichen Beeinträchtigungen der akademischen Freiheit als Ansprechpartner dient, auch seien regelmäßige externe Prüfungen sinnvoll. Falls Kollegen oder andere Organisationen unter Druck gerieten, sollten Einrichtungen außerdem öffentlich für diese einstehen und autoritäre Praktiken kritisieren.

Zukünftig werde es wohl so kommen, dass es Staaten gebe, die die akademische Freiheit und Menschenrechte achten – und offen miteinander kooperieren können, sagt Quinn. Andere hätten noch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, doch seien sie speziell in der Pflicht, nachzuweisen, dass Kooperation mit ihnen vertretbar ist. Bei einzelnen anderen Staaten hingegen sei Zusammenarbeit ethisch nicht vertretbar. Wichtig für ihn: Universitäten sollten nicht nur intern diskutieren, wie sie mit Partnern aus Ländern kooperieren können, in denen es stärkere Freiheitseinschränkungen gibt – sondern diese Diskussionen auch öffentlich führen.

## Ägypten: Forschen in einer Militärdiktatur?

Die Lage der akademischen Freiheit sei in Ägypten zwar immer herausfordernd gewesen, sagt Hussein Baoumi von Amnesty International – doch habe sie sich seit dem Militärputsch 2013 noch „deutlich verschlechtert“. Sicherheitskräfte hätten Campusse kontrolliert, ausländische Forscher vor der Einreise gehindert oder Wissenschaftler inhaftiert. Außerdem gebe es viel Selbstzensur – „man lernt die roten Linien kennen“, sagt Baoumi.

In Ägypten gebe es Sicherheitskräfte an staatlichen Universitäten, die bei Beförderungen und Besetzungen von Spitzenpositionen mitbestimmen und bei der Planung von Veranstaltungen um Erlaubnis gefragt werden müssen, sagt er. An privaten Universitäten wie der Amerikanischen Universität in Kairo sei die Lage besser – doch als er selbst dort studierte, habe es die Möglichkeit gegeben, Abschlussarbeiten für zehn Jahre unter Verschluss zu lassen. Offenbar um die Absolventen zu schützen.

Ähnlich bewertet Robert Quinn von Scholars at Risk die Lage. Ägypten sei als Hochschulland in seiner Region sehr bedeutend, zuvor habe es auch stark in internationale Kooperationen investiert. Dies solle unterstützt werden, sagt er. „Aber mit der aktuellen Führung gibt es ernste Beschränkungen und Konsequenzen für Wissenschaftler und Studierende“ – sowohl für Ägypter als auch Ausländer.

„Nach Einschätzung der Bundesregierung ist die in Ägypten verfassungsmäßig garantierte Unabhängigkeit der Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen in der Praxis erheblichen Einschränkungen ausgesetzt“, erklärt das BMBF. Einerseits durch aktives Eingreifen der Regierung und der Sicherheitsdienste, andererseits durch Selbstzensur.

Die Liste der Eingriffe in die akademische Freiheit ist in Ägypten lang. So wurde 2015 der ägyptische Forscher und Journalist Ismail Alexandrani nach einem Flug aus Deutschland am Flughafen in Kairo verhaftet, zuvor hat er an einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik teilgenommen. Ein Militärgericht verurteilte den Islamismus-Experten 2018 zu einer zehnjährigen Haftstrafe – unter anderem da er falsche Nachrichten und Informationen verbreitet habe, die die öffentliche Sicherheit stören können, wie die Deutsche Welle berichtete. Alexandrani bestreitet die Vorwürfe. Gleichfalls 2015 wurde der Politikwissenschaftler Emad Shahin in Abwesenheit zum Tode verurteilt, womöglich aufgrund seiner Forschung zu Menschenrechtsverletzung der Militärregierung – er arbeitet jetzt an der Georgetown-Universität in Washington.

2016 wurde der damals 28-jährige italienische Doktorand Giulio Regeni in der Nähe von Kairo entführt und brutal ermordet, er führte für seine Promotion in Cambridge Feldarbeit zur Lage von Gewerkschaften in Ägypten durchgeführt. Laut italienischen Ermittlern ist der ägyptische Geheimdienst für den Mord verantwortlich. Das Regime in Kairo bestreitet dies, ein Verfahren wurde in Ägypten angeblich mangels ausreichender Beweise eingestellt.

Im Juli verhafteten Sicherheitskräfte die ägyptische Forscherin und Humboldt-Stipendiatin Alia Mosallam am Kairoer Flughafen – sie forscht zur Geschichte von Widerstandsbewegungen und lehrte zuvor an der Amerikanischen Universität in Kairo und der Freien Universität Berlin. Ihr sei vorgeworfen worden, sich einer terroristischen Vereinigung angeschlossen, die nationale Sicherheit gefährdet und soziale Medien missbraucht zu haben, erklärt Mosallam gegenüber der DUZ. Am Tag

danach wurde sie gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Zwischenzeitlich konnte sie nach Berlin zurückkehren und arbeitet nun beim Forum Transregionale Studien.

Und im September startete das Gerichtsverfahren gegen den Gender-Forscher Patrick Zaki von der „Egyptian Initiative for Personal Rights“ – aufgrund der Veröffentlichung eines Artikels, in dem er sein Leben als ägyptischer Christ beschrieben hat. Laut BBC erklärten seine Anwälte, Zaki sei auch gefoltert worden – er wurde vor knapp zwei Jahren wegen Terrorismusvorwürfen verhaftet.

Wie SaR 2019 zusammen mit der ägyptischen „Association for Freedom of Thought and Expression“ bei den Vereinten Nationen vorbrachte, gibt es im Land viele Probleme: So kann der Präsident Hochschulleitungen ernennen – und bestimmte, unklar definierte Rechtsverstöße fallen unter die Militärgerichtsbarkeit, wenn sie an Universitäten begangen werden. Hierdurch fehlen normale Möglichkeiten des Rechtswegs – tausende studentische Demonstranten seien verfolgt worden.

Auch an der 2003 gegründeten German University Cairo gab es Zwischenfälle: Politisch aktive Studierende wurden mundtot gemacht, nicht zu Klausuren zugelassen und rausgeworfen, berichtete der Tagesspiegel 2015. Deutsche Fachhochschulen waren in den letzten Jahren auch an der Gründung der „German International University“ beteiligt, sie ist in der von Präsident Abdel Fattah al Sisi in der Nähe von Kairo geplanten Verwaltungshauptstadt angesiedelt. Beide Universitäten ließen Fragen zu Einschränkungen der akademischen Freiheit unbeantwortet. Die TU Berlin, die einen Campus in der am Roten Meer gelegenen Stadt El Gouna betreibt, erklärte, sie habe Hoheit über akademische Inhalte und Fragen. Und: Sie könne „die Sicherheit von Lehrenden, Forschenden und Studierenden gewährleisten“.

Von welchen Einschränkungen und Zwischenfällen an den deutschen Universitäten in Ägypten weiß das BMBWF? „An den von der Bundesregierung durch den DAAD geförderten transnationalen Bildungsprojekten im Land sind aktuell keine Vorkommnisse im Zusammenhang mit einer Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit bekannt“, erklärt ein Sprecher. „Das ist sehr überraschend“, sagt Baoumi – auch angesichts der früheren Probleme.

Ausländische Universitäten sind nämlich nicht frei von Einflussnahme. Im Jahr 2019 erklärte der damals an der American University arbeitende Theologieprofessor Adam Duker, die Familie des Stifters seiner Professur habe ihn unter Druck gesetzt: Zum Beispiel solle er Studierende zum Konvertieren zum Islam überzeugen und er habe Vorlesungsunterlagen vorab vorlegen sollen. Die Universität untersagte ihm, den angesehenen Titel seiner Stiftungsprofessur weiter zu nutzen – und wies später alle Vorwürfe zurück und darauf hin, dass akademische Freiheit in ihren Statuten verankert sei.

Bezeichnend ist auch, dass die ägyptische Migration-Ministerin Nabila Makram im Juli erklärte, dass im Ausland studierende Ägypter die gefährlichsten Landleute außerhalb des Landes seien: Denn diese seien Anti-Ägyptischen Meinungen ausgesetzt. Später korrigierte sie sich – es seien nicht die gefährlichsten, sondern die gefährdetsten, erklärte Makram.

## China: Kontrolle bis nach Deutschland

Mit wohl keinem Land haben deutsche Universitäten in den vergangenen 20 Jahren so viele Kooperationen aufgebaut wie mit China. „Viel Vertrauen ist gewachsen“, erklärte Merkel, als die Universität Nanjing ihr 2016 die Ehrendoktorwürde verlieh. „Viel Intensität an Zusammenarbeit gibt es. Wir verstehen unsere Partnerschaft als eine Win-win-Situation für Deutschland und für China.“

Doch zuletzt hat sich der Blick auf das von der Kommunistischen Partei (KP) geführt Land deutlich gewandelt. Das Misstrauen gegenüber Kooperationen mit China sei „unter dem Hochschulpersonal und den Studierenden in den letzten Jahren brutal gewachsen“, erklärt der Sinologe Sebastian Heilmann von der Uni Trier. Unter deutschen Hochschulleitungen versuchten nun fast alle, den Ball flachzuhalten und offene Aufwallungen im Verhältnis zu chinesischen Stellen zu vermeiden.

Der Grund: Während das Pekinger Regime stark in Forschung und Hochschulen investiert hat, schloss es Freiräume für liberale Diskussionen und schränkte die akademische Freiheit massiv ein. Dies geht auch zulasten von internationalen Kooperationen. Parteichef Xi Jinping spricht sich schon lange gegen westliche Werte aus – seine „Gedanken zum Sozialismus mit chinesischer Prägung für eine neue Ära“ wurden, wie bei Mao Zedong, sogar in der Verfassung verankert.

Für Xi spielt die Wissenschaft eine Schlüsselrolle: An der angesehenen Tsinghua-Universität in Peking erklärte er im Frühjahr, diese solle „mehr Beiträge zur Realisierung des chinesischen Traums einer nationalen Verjüngung leisten“ – und wie andere Hochschulen die Führung der Partei wahren. Kurz darauf sagte er, Wissenschaft und Technik müssten den „wichtigsten ökonomischen Schlachtfeldern“ dienen wie auch dem Ziel, China als modernes sozialistisches Land zu perfektionieren.

Kritische Professoren geraten dabei immer stärker unter Druck – sie werden zwangsversetzt, gefeuert, teils auch inhaftiert. Beim Index der Akademischen Freiheit liegt China mit Syrien, dem Iran oder Nordkorea in der letzten Gruppe. „In Festlandchina benutzen Staat und Hochschulverwaltungen vielfältige Taktiken, um Akademiker und Studierende einzuschüchtern, sie zum Schweigen zu bringen und zu bestrafen“, erklärte Scholars at Risk (SaR) 2019 in einem Bericht. So würden auch Vorlesungen mit Kameras aufgenommen, teils berichteten studentische Informanten über KP-kritische Aktivitäten, oder internationale Reisen würden stark eingeschränkt.

„Die Ideologisierung schreitet sehr schnell voran“, sagt Heilmann – jede Abweichung oder „falsche“ Frage werde als Feindseligkeit gesehen. „Wer der Parteiideologie nicht folgt, ist raus. Für Geistes- und Sozialwissenschaften ist das ein Gift.“ Kooperationen in diesem Bereich seien „entkernt“. Naturwissenschaften sind allgemein etwas weniger betroffen, doch alle Bereiche sind etwa der „zivil-militärischen Fusion“ unterworfen und müssen KP-Zielen dienen.

China hat viele ausländische Forscher ins Land geholt. Manchen setze die dortige Lage sehr zu – „aber es gibt auch Kollegen, die es sich sehr gut eingerichtet haben“, sagt ein Wissenschaftler mit langjähriger direkter Erfahrung an chinesischen Universitäten, der anonym bleiben möchte. Die KP indoktriniere Studierenden erheblich stärker als zuvor. „30 bis 40 Prozent der Inhalte von Vorlesungen dienen der politischen und moralischen Indoktrinierung“, sagt er. „An chinesischen Universitäten geht es einerseits darum, über Forschung zur guten wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen – und andererseits um ideologische Kontrolle.“ Das ganze System sei darauf ausgerichtet, nicht frei zu sein. Widerstände bestünden praktisch nicht mehr.

Kooperationen mit China halte er moralisch für nicht vertretbar, sagt der Wissenschaftler. „Unirektoren werden auf Reisen in China großzügig bewirtet, sie finden es super und sind von

Investitionen in die Wissenschaft angetan – sie möchten die Kooperationen ausbauen“, sagt er. Solche Treffen habe er in den letzten Jahren oft selbst erlebt. Er glaube, dass deutschen Partnern nicht klar ist, worauf sie sich einließen.

Der DAAD spricht über eine „Abnahme akademischer Freiräume“ in China. In Bezug auf Forscher in Deutschland erklärt ein Sprecher, es gebe „bedenkenswerte Entwicklungen“ wie Sanktionen gegen das Berliner Mercator-Institut für Chinastudien. Jedoch: „Mit Blick auf Deutschland hat die kommunistische Partei Chinas natürlich keinen direkten Einfluss auf die Wissenschaftsfreiheit.“

Dabei ist klar, dass die KP hierzulande erheblichen Einfluss hat. Auch auf deutschen Campussen habe sich unter chinesischen Studierenden „ein Klima der Angst breitgemacht“, ihre Meinung zu sagen, sagt HRK-Präsident Peter-André Alt gegenüber der DUZ– das sei vor vielen Jahren noch anders gewesen. Aufgrund der engen Verbindungen zwischen chinesischen Stellen und chinesischen Studierenden und Forschenden könne eine Einflussnahme „nicht ausgeschlossen werden“, erklärt er. „Diese Entwicklungen beobachten die Hochschulen sorgsam und schreiten ein, wenn ihnen Vorfälle bekannt werden. Vielfach ist diese Art von subtiler Einflussnahme jedoch schwer zu greifen.“

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Entwicklung. Zur Aufgabe chinesischer Geheimdienste gehöre „die Kontrolle und Steuerung der in Deutschland ansässigen chinesischen Auslandsgemeinde“, erklärt es. „Durch die enge institutionelle Anbindung von chinesischen Unternehmen, Studentenorganisationen sowie kulturellen Vereinen und Instituten soll linientreues Verhalten sichergestellt und die sogenannte Einheitsfront im Ausland gestärkt werden.“ Die KP setze „auch im Ausland auf eine umfassende Kontrolle der eigenen Bevölkerung durch die Partei“ – etwa durch Denunziation unter Studierenden, heißt es aus Verfassungsschutzkreisen. Wiederholt sei es außerdem vorgekommen, dass Peking kritischen deutschen Forschern Visa verweigert habe, so dass sie nicht vor Ort arbeiten können. Dies erhöhe die Gefahr der Selbstzensur. Gleichzeitig würden europäische Forscher durch prestigeträchtige Einladungen vereinnahmt und finanziell sowie durch Eitelkeiten angelockt.

Die HRK hat vor einem Jahr „Leitfragen zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China“ veröffentlicht – es handelt sich um einen Katalog von mehr als hundert Fragen, Empfehlungen sind eher rar. Es sei sehr wichtig, mit den Akademikern in China Kontakt herzustellen, „die unsere Vision von Hochschule und Forschung teilen“, erklärt Robert Quinn von SaR. In den letzten Jahren habe sich die Lage dort „erheblich verschlechtert“. Vor fünf oder zehn Jahren hätten Einrichtungen mit Partnerschaften in China noch sagen können, dass ihnen die Lage nicht klar gewesen sei. „Nun müssen sie meiner Meinung nach ernsthaft realisieren, dass sie mit einem Staat kooperieren, der ein System von Gefängniscamps für einen großen Teil seiner Bevölkerung betreibt.“

Weltweit ist Einmischung wie auch Selbstzensur in zahlreichen Fällen belegt. So übte die chinesische Botschaft in Washington Druck aus, den Dalai Lama und einen taiwanesischen Nobelpreisträger von einer Veranstaltung der Nobelstiftung und der Nationalen Akademie der Wissenschaften der USA auszuschließen, wie mehr als 100 Nobelpreisträger öffentlich kritisierten. Oder: Wie die Neue Zürcher Zeitung im August berichtete, hatte ein Schweizer Doktorand von seiner Betreuerin an der Universität St. Gallen nach KP-kritischen Tweets eine E-Mail bekommen. Betreff: „Sehr dringend: Beschwerde aus China wegen Ihrem Twitter“. Sie fürchte, deswegen kein Visum mehr zu bekommen, die Inhalte seien „Neonazi-ähnlich“ – er solle seine politische Ausdrucksweise sofort mäßigen. Obwohl er die Tweets löschte, hatte der Doktorand kurz darauf keinen Zugriff mehr auf sein E-Mail-Postfach, den offenbar die Universität abgestellt hat. Diese wies Vorwürfe einer Willfährigkeit gegenüber China und Einschränkungen der Meinungsfreiheit zurück und erklärte, der Doktorand sei

zu dem Zeitpunkt nicht immatrikuliert gewesen und hätte sich eine neue Betreuerin suchen können. Anfang August hat die Universität eine Untersuchung gestartet und will prüfen, ob im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten „unter dem Aspekt der Wahrung der Lehr- und Forschungsfreiheit potenzielle Angriffsflächen bestehen, denen besondere Beachtung geschenkt werden muss“. Ergebnisse lagen bis Druckschluss nicht vor.

Das Bremer Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT) hat gleichfalls negative Erfahrungen gemacht, wie zuerst in der FAZ berichtet: Als Mitarbeiter 2017 als Beobachter zu UN-Konferenzen fahren wollten, wurde dies untersagt. Der Grund: Im Titel eines auf der Webseite aufgeführten Fachartikels kam das Wort „Taiwan“ vor. Die Institutsleitung verfälschte daraufhin den Titel und fügte einen Zusatz „Provinz von China“ hinzu. Vorsichtshalber löschte sie gleich auch einen Text von der Homepage, der darauf aufmerksam machte, dass ein ZMT-Forscher eine Expertise zum Ökosystem im südchinesischen Meer erstellt hatte – für das internationale Schiedsgericht in Den Haag.

Das ZMT bestätigte dies: Es habe ein vom BMBF übermitteltes Veto gegeben, dieses kam offenbar von China. Das Institut habe die Änderungen vorgenommen, um seine Akkreditierung nicht zu gefährden. Es habe keinen Grund gegeben, „uns politisch zu betätigen und auf der Formulierung zu bestehen“, sagt der kommissarische Leiter Werner Ekau. „Uns war wichtig, den Beobachterstatus für UN-Veranstaltungen zu bekommen.“ Im nächsten Jahr gelang es.

Das BMBF bestätigt, dass das ZMT informiert zu haben, dass „China sich kritisch zu zwei Publikationen auf der ZMT-Webseite geäußert habe“. Das Ministerium habe die Website-Änderungen „jedoch in keiner Weise beeinflusst oder befürwortet“, das ZMT sei unabhängig.

„Ich will keine Einflussnahme der chinesischen Regierung auf unsere Hochschulen und unsere Gesellschaft“, erklärte Anja Karliczek im Juni. Sie verwies explizit auf Konfuzius-Institute, die zahlreiche deutsche Universitäten in Kooperation mit China betreiben, obwohl sie laut Bundesregierung unter Kontrolle des KP-Propagandaapparats stehen. „Deutschland muss selbstkritisch eingestehen: An einigen Stellen haben wir in der Vergangenheit etwa den Konfuzius-Instituten zu viel Raum gelassen und selbst zu wenig dafür getan, unabhängige China-Kompetenz in Deutschland aufzubauen.“ Dies fördere das BMBF, es spreche das Thema Wissenschaftsfreiheit auch regelmäßig Peking gegenüber an. „Wir müssen den offenen Diskurs über China bei uns weiterhin ermöglichen und beispielsweise verhindern, dass Peking ein Mitspracherecht hat über Veranstaltungen an deutschen Hochschulen.“

Doch erst Ende Oktober erklärte der Piper-Verlag, dass Lesungen aus einem Buch über Xi an Konfuzius-Instituten der Universitäten Hannover und Duisburg-Essen nach Interventionen aus China abgesagt worden seien. Eine Mitarbeiterin der Konfuzius-Institute habe die Begründung laut dem Verlag so zusammengefasst: „Über Xi Jinping kann man nicht mehr als normalen Menschen reden, er soll jetzt unantastbar sein und unbesprechbar.“ Piper-Verlegerin Felicitas von Lovenberg erklärte, die Absage sei ein „beunruhigendes und verstörendes Signal“.

Die Unis erklärten, die Absage sei nicht akzeptabel – stattdessen fand inzwischen eine Lesung des Buchs am Institut für Ostasienwissenschaften der Uni Duisburg-Essen statt. In Bezug auf die Absage sprach das Konfuzius-Institut in Duisburg über „unterschiedliche Auffassungen zwischen den deutschen und chinesischen Partnern“, es wolle aber weiterhin „Anlaufstelle für China-Interessierte“ und die „notwendigen inhaltlichen Klärungen vornehmen“. Das Konfuzius-Institut Hannover erklärte, es habe „Meinungsverschiedenheiten mit den chinesischen Partnern“ gegeben – eine derartige „Situation“ habe es zuvor nicht gegeben. Die Uni Hannover will nun „die mögliche



weitere Zusammenarbeit“ mit dem Konfuzius-Institut Hannover überprüfen. Markus Taube, Kodirektor des Duisburger Instituts und Direktor des Instituts für Ostasienwissenschaften an der Uni Duisburg-Essen, sah im Interview mit der BBC noch keinen Grund, das Institut zu schließen – da es bislang nur einen und noch keinen zweiten Zwischenfall gegeben habe. Karliczek wandte sich in dieser Sache mit einem der duz vorliegenden Schreiben, über das der „Spiegel“ zuerst berichtet hatte, an HRK-Präsident Alt sowie die Kultusministerkonferenz: Sie fordert im Prinzip ein Ende der Beteiligung deutscher Unis an den Instituten. Hierbei verweist sie auf den aktuellen Verfassungsschutzbericht: „Wie Sie wissen“ führe dieser die Institute als „bedeutsame Akteure auf dem Feld der Einflussnahme [auf], die die akademische Freiheit auf unterschiedlichen Wegen zu unterminieren drohen“. Hochschulen sollten sich angesichts der „aktuellen Vorkommnisse“ die „Rolle der Konfuzius-Institute in der deutschen Hochschullandschaft neu zu bewerten und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen“. Karliczek bittet HRK und KMK, ihr Anliegen zu unterstützen und den Austausch beider Organisationen „mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst zu intensivieren“.

Ob die HRK das BMBF hierbei tatsächlich unterstützen will, lässt ihr Präsident Alt auf DUZ-Anfrage offen: Die HRK unterstütze ihre Mitgliedshochschulen „in allen für sie relevanten Belangen“, die akademische Zusammenarbeit mit China gehöre dazu. Universitäten wie jene in Hamburg und Düsseldorf hätten ihre Zusammenarbeit mit den Instituten beendet, an anderen Standorten beobachte man „bislang keine problematischen Entwicklungen“. Versuche von Einflussnahme „sind nicht akzeptabel“, sagt Alt – der deutliche Widerspruch der betroffenen Universitäten sei „absolut richtig“. Der Umgang mit dieser Frage sei Teil des autonomen Handelns der Universitäten. Er halte „nichts von pauschalen Regelungen oder Verboten“.

Alt hatte in frühere Tätigkeit als Präsident der Freien Universität (FU) Berlin selbst einen Vertrag mit dem Hauptquartier der Konfuzius-Institute in Peking unterzeichnet – zur Förderung einer FU-Professur mit Geldern aus Peking. Der Berliner Senat hatte die FU vergangenes Jahr aufgefordert, den Vertrag nachzuverhandeln, um problematische Stellen wie Verweise auf chinesisches Recht zu entfernen. Die FU kam dem zwischenzeitlich nach.

## USA: Probleme im „Land der Freiheit“

Exzellente Universitäten, weitestgehende Wissenschaftsfreiheit: Forscher aus vielen Ländern beneiden die Lage ihrer Kollegen in den USA. Doch häufen sich dort in den letzten Jahren Eingriffe und Zwischenfälle. Laut Robert Quinn von Scholars at Risk (SaR) ist die Forschungsfreiheit in den USA wie in anderen Ländern unter chronischem Druck: Während dieser lange gering war, habe er nun deutlich zugenommen – sowohl seitens der dortigen Bundesregierung wie auch in einzelnen Bundesstaaten. Auch zuvor hätten Parlamentarier immer mal wieder einschränkende Gesetzesinitiativen vorgeschlagen, doch seien diese nun in einigen Bundesstaaten auch umgesetzt worden. „Die Gesetze verbieten es, bestimmte Ideen zu unterrichten“, sagt Quinn – so die „Critical Race Theory“ oder andere Theorien, die mit Pluralismus verbunden sind. Dabei sei weniger entscheidend, um welche Ideen es sich handelt – problematisch sei die Unterdrückung bestimmter Konzepte an sich.

Noch im September 2020 hatte der frühere US-Präsident Donald Trump etwa einen Erlass zur „Bekämpfung von Rassen- und Geschlechtsstereotypen“ unterzeichnet. Er richtete sich gegen Diversitäts-Kurse, die eigentlich für Probleme mancher Studierender und Mitarbeiter sensibilisieren sollen. Trump kritisierte, dass die USA als rassistisch und sexistisch dargestellt würden – die Kurse „lehren, dass unser Land ein schrecklicher Ort ist“, sagte er. In dem Erlass werden sie als „spalterisch“ und „verleumderische Ideologie“ hingestellt. Kurz nach seinem Amtsantritt nahm Trumps Nachfolger Joe Biden ihn zurück.

Für Quinn sind die Entwicklungen in China ein Warnzeichen für die USA: Es zeige, was passiere, wenn Gesetzgebung auf nationaler Ebene zum Normalfall werde, bei der der Staat für bestimmte Ideen rote Linien ziehe. China ginge noch weiter: „Sie sagen einfach, gegen den Staat gerichtete Ideen seien verboten. Indem sie es unbestimmt lassen, können sie es auf fast alles beziehen.“

Trump zielte auch oftmals darauf ab, ihm nicht genehmen Forschungsinstituten Fördermittel zu entziehen – etwa der US- Umweltschutzbehörde EPA. Auch in der Gesundheitsforschung hatte Trump ähnliche Pläne. „Der Präsident hat sich der Eindämmung und Beherrschung von HIV / AIDS bis 2030 verschrieben – und will gleichzeitig die Förderprogramme streichen, die nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen“, erklärte Benjamin Corb von der Amerikanischen Gesellschaft für Biochemie und Molekulare Biologie 2019 gegenüber dem Magazin „Nature“. Doch der US-Kongress widersetzte sich den Plänen Trumps mehrfach.

Laut einer Erhebung der Wissenschaftlervereinigung „Union of Concerned Scientists“ gab es schon vor der Corona-Pandemie Evidenz für unzulässigen Einfluss der US-Regierung auch auf anderen Wegen – etwa thematische Einschränkungen oder Kommunikations-Verbote. Bei der Nationalen Ozean- und Atmosphärenbehörde etwa wechselte die Trump-Administration noch kurz vor den Wahlen Personal aus – gegen Forscher, die etablierte wissenschaftliche Fakten leugneten. Zuvor hatte die Behörde noch falsche Aussagen Trumps über den Weg widersprochen, den der Hurrikan Dorian im Herbst 2019 genommen hat.

Wie die New York Times im vergangenen Oktober berichtete, haben Top-Beamte der Trump-Regierung auch die US-Arzneimittelbehörde FDA aus offenbar unlauteren Motiven daran gehindert, strengere Richtlinien für die Impfstoff-Zulassung herauszugeben. Dies hätte die dortige Notfallzulassung noch weiter verzögert – womöglich erhofften die Regierungsbeamten es sich, dass eine Freigabe so noch vor der Wahl im November erfolgen könne. Auch bei der US-Seuchenschutzbehörde CDC griff die Regierung mehrfach ein. So bei einem Bericht über Covid-19 und Kinder, wie das US-Magazin Politico berichtete. Trump wollte Schulen öffnen, die CDC hätten

den Bericht tatsächlich nach Wünschen der Trump-Administration abgeändert. Insgesamt habe das Weiße Haus mehrfach Formulierungen so verändern lassen, dass das Covid-Risiko für Kinder heruntergespielt worden sei.

In Ratgebern für Kirchen entfernte das Weiße Haus außerdem Warnungen, dass das Singen in Chören das Coronavirus verbreiten kann. Anschließend gab es ähnliche Änderungen bei Informationen des CDC, wie die „Washington Post“ berichtete. Der amerikanische Epidemiologe und Regierungsberater Anthony Fauci erklärte in einem Interview, ihm seien viele Fernsehauftritte nicht erlaubt worden. Anders als seine Vorgänger habe Trump aktiv gegen ihn gearbeitet. Als die Trump-Regierung während der Pandemie nur spärlich Daten veröffentlicht hat, sei es kein Zufall gewesen, dass Hochschulen zur Informationsquelle wurden, sagt Quinn von SaR – wie die Johns Hopkins Universität, die hiermit weltweit bekannt wurde.

Neben weitreichenden Einschränkungen für staatliche Forschungszentren beeinträchtigte auch die Einreiseperrre für Menschen aus muslimischen Ländern die Forschungsfreiheit erheblich, kritisiert er. Unter der Biden-Administration sei die Lage definitiv besser, da diese anders als ihre Vorgängerin „nicht aktiv die zentralen Werte unterminiert“, sagt Quinn. Aber: „Wir haben eine der Herdplatten entfernt, das Wasser wird daher nicht so schnell heißer – aber es kocht bereits“, sagt er. „Wir müssen Wege finden, um den gesellschaftlichen Diskurs zu beruhigen.“

Für einzelne Wissenschaftler können Attacken aus Reihen der „neuen Rechten“ erhebliche Folgen haben – und nicht immer stellen sich ihre Hochschulen schützend hinter sie. Die Bildungsforscherin Laurie Rubel wurde mehrfach von „alternativen“ Medien wie auch Fox News oder Russia Today angegriffen: Sie hatte sich in wissenschaftlichen Veröffentlichungen dafür ausgesprochen, beim Matheunterricht den sozialen und kulturellen Hintergrund zu berücksichtigen, etwa bei People of Color. Als Rubel 2020 darauf aufmerksam machte, dass Mathematik nicht neutral und „pur“, sondern auch gesellschaftlich geprägt sei, musste sie wiederum heftige digitale Attacken ertragen. Rubel war lange an der City University of New York tätig, traute sich aber zeitweise nicht vor die Tür. Inzwischen ist sie nach Israel gezogen und arbeitet nun an der Universität von Haifa.

In ihrer alten Heimat hat Biden nun so einige Erlasse der Trump-Administration rückgängig gemacht. Ein Beispiel: Nach fast 25 Jahren unterstützt die US-Regierung nun erstmals wieder Forschung zur Gewalt durch Schusswaffen.

*Die Recherchen wurden durch den Peter Hans Hofschneider Recherchepreis für Wissenschafts- und Medizinjournalismus der Stiftung Experimentelle Biomedizin unterstützt.*